



Wirt-2143

BVB zur Verhinderung von Benachteiligungen – Teil A

Vergabenummer 26-26-ni	Maßnahmenummer
Maßnahme: Fahrzeugbeschaffung und Ausbau zu einem Probenahmefahrzeug in Losvergabe / Los 1 Fahrzeugbeschaffung und Los 2 Fahrzeugausbau	
Leistung/CPV: Los 1: 34100000-8 Kraftfahrzeuge Los 2: 34114000-9 Spezialfahrzeuge / 50117100-9 Umbau von Kraftfahrzeugen	

Besondere Vertragsbedingungen (BVB) zur Verhinderung von Benachteiligungen (Teil A)

1. VERPFLICHTUNG, BENACHTEILIGUNGEN ZU VERHINDERN

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

- 1.1. die bundes- und landesrechtlichen Bestimmungen über allgemeine Benachteiligungsverbote, insbesondere das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, zu beachten,
- 1.2. seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu zahlen. Tarifvertragliche Regelungen bleiben davon unberührt.

2. ÜBERTRAGUNG DER VERPFLICHTUNG AUF DIE EINGESETZTE UNTERAUFTRAGNEHMERKETTE

- 2.1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Unterauftragnehmer und/oder Verleiher von Arbeitskräften zur Einhaltung der Verpflichtung nach der vorstehenden Nummer 1. zu verpflichten.
- 2.2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Unterauftragnehmer und/oder Verleiher von Arbeitskräften zu verpflichten, mit etwaigen Unterauftragnehmern eine Vereinbarung nach 2.1. zu treffen, so dass die Einhaltung der Vorgaben für die gesamte Unterauftragnehmerkette sichergestellt ist.

Direktor:
Dr. Mike Neumann

Tel.: (030) 39784-30
Fax: (030) 39784-667

Steuernummer: 29/668/00607
VAT DE 262529683

Dienstszitz:
Rudower Chaussee 39
12489 Berlin

E-Mail: poststelle@landeslabor-bbb.de
Internet: www.landeslabor-bbb.de
Anstalt öffentlichen Rechts

Konto: Landeslabor Berlin-Brandenburg
IBAN: DE28 1005 0000 6000 0246 63
BIC: BELADEBE Landesbank Berlin

- 2.3. Ein Unterauftragnehmer und/oder Verleiher von Arbeitskräften ist zur Einhaltung der Vereinbarungen nicht zu verpflichten, wenn
 - 2.3.1. der betreffende Unterauftrag vergaberechtsfrei ist im Sinne der §§ 107, 109, 116, 117, 137, 140 sowie 145 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen,
 - 2.3.2. der Auftragnehmer bzw. der weitervergebende Unterauftragnehmer die Vertragsbedingungen des Unterauftragnehmers anerkennen muss, um die Leistung erfüllen zu können,
 - 2.3.3. der betreffende Unterauftrag im Fall einer Liefer- oder Dienstleistung den Wert von 75.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) oder im Fall einer Bauleistung den Wert von 500.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) unterschreitet.
- 2.4. Der Auftragnehmer hat über die Übertragung der Verpflichtung nach 2.1. und 2.2. bzw. über das Vorliegen einer Ausnahme nach 2.3. auf Anforderung einen Nachweis zu erbringen.
- 2.5. Verstößt ein Unterauftragnehmer oder Verleiher von Arbeitskräften des Auftragnehmers gegen seine nach 2.1. und 2.2. vereinbarten Verpflichtungen nach 1., so werden diese dem Auftragnehmer zugerechnet.

(Hinweis: Die Vertragsbedingungen über die Kontrolle dieser Verpflichtungen und Sanktionsmöglichkeiten im Falle eines Verstoßes sowie ein Link zum Muster für die Übertragung der Verpflichtungen an den Unterauftragnehmer ergeben sich aus Teil B - Wirt-2144.)